

Modernisierungsschub für Verwaltungen?

[21.10.2014] Vier von zehn Befragten messen der Digitalen Agenda der Bundesregierung eine große Bedeutung zu. Das ist das Ergebnis einer Befragung, welche die Firma init durchgeführt hat. Größte Entwicklungspotenziale liegen bei Verwaltungsleistungen mit komplexer Infrastruktur.

Im Vorfeld des heute (21. Oktober 2014) stattfindenden Nationalen IT-Gipfels hat das Unternehmen init 100 Entscheider in Bundes- und Landesbehörden sowie großen Kommunen befragt. Thema der Kurzstudie ist der Status quo der Digitalisierung in der deutschen Verwaltung und der Einfluss der Digitalen Agenda auf die Weiterentwicklung von E-Government. 39 Prozent der befragten Entscheider erwarten demnach einen starken Einfluss der Digitalen Agenda auf die Modernisierung der Verwaltung in Deutschland. 2 Prozent sehen keinen Einfluss. 54 Prozent der Befragten messen der Agenda eine eher geringe Bedeutung zu. „Das Ergebnis unterstreicht, dass die Digitale Agenda als Treiber für die Umsetzung zukünftiger E-Government-Vorhaben wahrgenommen wird“, kommentiert init-Vorstandsvorsitzender Dirk Stocksmeier. „Die Akzeptanz wird weiter steigen, wenn die Stakeholder in den Ländern und den Kommunen mit ins Boot geholt werden. Dann wird die Agenda ihre volle Kraft entfalten.“ Nahezu jede Behörde bietet laut der Studie eine eigene Internet-Seite und digitale Downloads an. 44 Prozent der Befragten offerieren erste Online-Verfahren für Bürger sowie zentrale Serviceportale für Verwaltungsangelegenheiten. Jeweils 41 Prozent haben Lösungen zur Bereitstellung von öffentlichen Daten und zur Automatisierung von Verwaltungsprozessen durch die E-Akte geschaffen. Mehr als ein Drittel der Verwaltungen seien zudem dabei, entsprechende Angebote zu testen oder zu planen. Schwierigkeiten bei der Umsetzung sehen die Entscheider vor allem bei komplexeren E-Government-Vorhaben, die Verwaltungsprozesse medienbruchfrei und vollautomatisiert abbilden sollen. Stocksmeier: „Die Agenda stößt umfassende Veränderungsprozesse an, die nur ressortübergreifend angegangen werden können. Eine effektive IT-Steuerung und eine schlagkräftige Umsetzungsorganisation über alle Verwaltungsebenen hinweg sind dabei zentrale Erfolgsfaktoren.“ Als größtes Hindernis bei der Umsetzung moderner E-Government-Angebote sehen 85 Prozent der Befragten personelle und finanzielle Engpässe. Laut Stocksmeier müssen die Maßnahmen mit erforderlichen Budgets im Haushalt hinterlegt werden, damit die Ziele der Agenda auch erreicht werden. Weiterhin werden Sicherheitsbedenken bezüglich Datenschutz und Datensicherheit von 71 Prozent der Verwaltungsexperten als großer Hemmschuh für die Modernisierung der Angebote wahrgenommen. Darüber hinaus ergab die Umfrage, dass jede dritte Behörde derzeit eine grundsätzliche Strategie bei der Umsetzung ihrer E-Government-Projekte verfolgt. 43 Prozent der Verantwortlichen arbeiten bei Einzelprojekten mit einem strategischen Ansatz. Liegt allerdings eine Strategie vor, rechnen drei von vier Entscheidern damit, dass sich geplante E-Government-Maßnahmen auch erfolgreich umsetzen lassen. „Wenn die Maßnahmen der Agenda im Haushalt eingestellt, die Stakeholder aus Ländern, Kommunen und der Wirtschaft eingebunden und ressortübergreifende Steuerungsprozesse etabliert sind, dann wird Deutschland von der Digitalen Agenda profitieren – nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Wirtschaft und Zivilgesellschaft“, resümiert Dirk Stocksmeier.

(ve)

Zu den Umfrageergebnissen

Stichwörter: Politik, Studie